



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates

28. Juli 2026, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 6 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung:

Vorlage: 2026/0467

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung: Erweiterung der Nutzungsrechte von Film- und Tonaufnahmen auf die Nutzung des eigenen Videos/Tons

Änderungsantrag: Volt

Vorlage: 2026/0467/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die aus der Anlage 1 ersichtliche Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (46 Ja, 2 Nein)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 6 und 6.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Juli 2026.

Wenn Sie von Volt diesen Antrag heute zur Abstimmung stellen, würden wir aus verschiedenen rechtlichen Überlegungen die Ablehnung empfehlen. Wir könnten uns aber vielleicht auch darauf verständigen, dass wir es als Prüfauftrag noch mal vertiefen. Uns fehlt im Moment die Rechtsgrundlage, um das zu begründen, und wir müssten auch noch ein paar andere Dinge klären, beispielsweise wenn jemand seine eigenen Reden dann nutzen möchte, dann müsste aber sicher sein, dass niemand anderes auf dem Bild zu sehen ist, es sei denn, der andere würde seine Zustimmung genau zu dieser Sache dann erklären. Und so gibt es noch so ein paar Punkte, die gar nicht so ganz einfach sind, mal davon abgesehen, dass wir im Moment auch gar nicht die Technik hätten und vor allem das Personal. Aber wir würden es noch mal prüfen. Wir werden sicherlich Anfang nächsten Jahres noch mal die Hauptsatzung ändern müssen wegen verschiedener Entwicklungen, und dann könnte man es bis dahin, das sage ich Ihnen zu, auch mit Ihnen noch mal besprechen. Das wäre so ein Angebot einfach an der Stelle.

Stadträtin Akbaba (GRÜNE): Vielen Dank. Danke auch für die Erläuterungen zum Volt-Antrag. Wir als GRÜNE begrüßen, dass wir heute die rechtlichen Grundlagen für den Livestream schaffen, und werden der Satzungsänderung der Verwaltung zustimmen. Für diesen Schritt haben

wir uns schon seit vielen Jahren eingesetzt. Niedrigere Hürden für mehr demokratische Teilhabe. Nicht jeder und jede kann an einem Dienstagabend im Ratssaal sitzen. Durch und mit dem Livestream werden deutlich mehr Menschen eingeladen, kommunalpolitische Entscheidungen zu verfolgen, zu verstehen und natürlich auch infrage zu stellen. In der vergangenen Debatte haben wir deshalb noch einen zweiten Gedanken eingebracht, nämlich die der digitalen Souveränität. Es geht nicht nur darum, dass wir Menschen erreichen, sondern auch, wie wir sie erreichen. Während wir BürgerInnen einladen, durch Bild und Ton politische Zusammenhänge zu verfolgen, birgt die andere Seite derselben Medaille auch Tracking, Werbung und die Abhängigkeit von großen Plattformen. Gerade ein Angebot, das eben demokratische Teilhabe stärken soll, sollte langfristig möglichst ohne diese Begleiterscheinung auskommen. Deshalb ein großer Dank hier an dieser Stelle an die Verwaltung, aber auch an das Projektteam, diesem Bestreben nachkommen zu wollen. Sie können sich natürlich vorstellen, dass wir weiterhin die starke Bitte haben, diesen Strang der digitalen Souveränität weiter zu verfolgen.

Zum Änderungsantrag der Volt-Fraktion: Herr Oberbürgermeister, Sie haben ja schon einige Worte gesagt, den würden wir heute ablehnen. Der Gedanke, die Videos der eigenen Personen weiterzuverwenden, ist absolut nachvollziehbar und auch absolut am Puls der Zeit, anders kann man es nicht sagen. Gleichzeitig lebt Demokratie aber vom Zusammenhang. Eine Rede ist nie nur eine Rede, sondern ist Teil einer Debatte mit Fragen, Nachfragen, Gegenargumenten und Erwiderungen. Wenn künftig nur einzelne Redebeiträge dauerhaft verbreitet werden können, während die vollständige Sitzung nach kurzer Zeit ja nicht mehr verfügbar ist, geht genau dieser Zusammenhang verloren. Dann bleiben eben einzelne Ausschnitte bestehen, ohne dass sie später noch mal politisch eingeordnet werden können. Es gibt ja kein Archiv mehr. Und so verfehlt eigentlich das oberste Ziel, nämlich der Livestream soll mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger schaffen, steht dann sozusagen konträr zu der Gefahr, dass mehr Verwirrung durch einzelne Clips, die eben im Netz verbreitet werden, entstehen. Genau, so viel dazu. Zur Beschlussvorlage ja, zum Volt-Antrag nein.

Stadträtin Schütz (CDU): Mit der Einführung des Livestreams für die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gehen wir heute einen wichtigen Schritt zu mehr Transparenz und Bürgernähe. Genau dieses Ziel verfolgt diese Änderung. Die öffentlichen Sitzungen werden künftig dann nicht nur hier im Ratssaal, sondern auch digital für Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein. Und das ist ein enormer Gewinn für unsere kommunale Demokratie. Denn nicht jeder hat die Möglichkeit, hier am Dienstagabend mehrere Stunden im Rathaus zu verbringen. Viele Menschen arbeiten, kümmern sich um die Familie, sind gesundheitlich eingeschränkt. Und ein Livestream, der ermöglicht ihnen, eine politische Entscheidung, Diskussionen trotzdem unmittelbar mitzuverfolgen. Gerade auf kommunaler Ebene ist das wichtig. Die Entscheidungen, die wir hier treffen, betreffen den Alltag der Menschen unmittelbar, sei es bei Schulen, Verkehr, Kitas, Stadtentwicklungen oder die Finanzen der Stadt. Deshalb sollten wir alles dransetzen, unsere Arbeit möglichst transparent zu machen und das Vertrauen der kommunalpolitischen Entscheidungen zu stärken. Und dabei ist auch nachvollziehbar, dass der Gesetzgeber unter Datenschutz Grenzen setzt. Die vorgesehene Speicherung bis zur nächsten Gemeinderatssitzung sowie der Schutz der Persönlichkeitsrechte entsprechen den gesetzlichen Vorgaben und schaffen einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Transparenz und Datenschutz.

Ein weiterer Schritt gehört aus unserer Sicht aber ebenfalls dazu. Viele Bürgerinnen und Bürger informieren sich heute nicht mehr ausschließlich über eine Internetseite der Stadt. Sie nutzen Medien oder Kanäle der Fraktionen. Deshalb halten wir den Änderungsantrag der Volt-Fraktion

für sinnvoll. Er ermöglicht ausdrücklich nur die Nutzung der eigenen Film- und Tonaufnahmen jeweils der aufgenommenen Person und stellt gleichzeitig klar, dass die Rechte Dritter gewahrt bleiben müssen. Das schafft keine neue Rechtsunsicherheit, sondern erweitert die Möglichkeiten, kommunalpolitische Inhalte genau dort zu verbreiten, wo sich die Menschen informieren. Also: Wer Transparenz will, sollte es auch zulassen, dass wir unsere Redebeiträge veröffentlichen. Deswegen stimmen wir sowohl der Einführung des Livestreams als auch dem Änderungsantrag von Volt zu.

Stadtrat Tröndle (SPD): Den Antrag von Volt werden wir ja bei Gelegenheit beraten. Deswegen werde ich heute nicht darauf eingehen und mich aber sonst nahtlos an meine Vorrednerinnen anschließen. Denn heute ist ein guter Tag für unseren Willen, noch mehr Transparenz in unsere Beratungen und Beschlüsse zu bringen. Mit dem Livestream aus öffentlichen Sitzungen geben wir mehr Menschen Gelegenheit, das, was wir hier an kommunalpolitischen Themen und Inhalten debattieren und beschließen, ungefiltert erfahren und nachvollziehen zu können. Die SPD-Fraktion spricht sich gerne für die dazu notwendige Anpassung der Hauptsatzung aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem neuen Angebot schaffen wir nicht nur ein Instrument zur Verbesserung der Informationen über die Karlsruher Stadtpolitik und eine weitere Möglichkeit für die Bürgerschaft, sich mit dieser auseinanderzusetzen, sondern die verbale und optische Transparenz kann auch ein geeignetes Mittel sein, der Politikverdrossenheit, dem schwindenden Vertrauen in Parteien und Personen entgegenzuwirken. Ohnehin ist es für die IT-Hauptstadt höchste Eisenbahn, endlich diesen Schritt zu gehen, den andere Kommunen schon seit einiger Zeit getan haben, wie etwa wenige Kilometer vom Karlsruher Rathaus entfernt die historische Markgrafenstadt Durlach. Die Sitzungen des dortigen Ortschaftsrats können Interessierte schon seit einiger Zeit per Stream von der heimischen Wohnstube aus verfolgen. Es freut uns sehr, dass die Tochter sich jetzt dem Vorbild der Mutter anschließt.

Die im Hauptausschuss vor allem aufgeworfene Frage nach Übertragung und Speicherung durch eine Inhouse-Lösung oder über die alternative Video-Hosting-Plattform YouTube haben Sie, Herr Oberbürgermeister, ja bereits beantwortet und uns mitgeteilt, dass diese Lösungen wegen ihres erheblichen finanziellen, personellen Aufwands nicht abbildbar sind. Wir setzen von Grundsatz und Selbstverständnis ja natürlich auch eher auf digitale Souveränität, sind uns aber der Rahmenbedingungen bewusst und folgen der Vorlage der Verwaltung. Ja, wir freuen uns auf die Übertragung unseres Tuns, und wir sind gespannt, wie groß die Resonanz aus der Bürgerschaft sein wird. Wir hoffen auf jede Menge Klicks, laden die Bürgerinnen und Bürger aber dennoch herzlich ein, die Debatten hier von der Empore des Bürgersaals aus live und pur mitzuverfolgen. Die Atmosphäre im Stadion und in unserem Fall in der Herzkammer der Karlsruher Kommunalpolitik ist halt doch noch etwas anderes. Unter aller Euphorie über den Eintritt in die neue Zeit dürfen wir die Bedeutung von journalistisch professionell aufbereiteten Zusammenfassungen unseres Tuns in der Stadtzeitung für digital nicht so affine Menschen nicht vergessen, und wir haben auch noch die Homepage. Ich denke, mit diesem Dreiklang aus Wort, Bewegtbild und Text können wir guten Mutes in die Zukunft gehen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Auch die FDP/Freie-Wähler-Fraktion begrüßt ausdrücklich den Wunsch nach mehr Transparenz und Bürgernähe. Und wie die positiven Erfahrungen aus dem Durlacher Ortschaftsrat, Kollege Tröndle hat es ja auch schon erwähnt, gezeigt haben, zeigt doch, wie wertvoll so ein niedrigschwelliger Zugang zu kommunalpolitischen Debatten ist. Der dortige Pilotversuch hat nicht nur lokal für Aufsehen gesorgt, sondern auch überregional bis in die Schwäbische Nachbarschaft. Die Stuttgarter Nachrichten haben darüber berichtet, der

baden-württembergische Staatsanzeiger, und alle sind wir einer Meinung: Transparenz ist demokratische Grundausstattung. Und wenn bei strittigen Themen Hunderte Menschen die Sitzung abrufen, dann zeigt es doch genau, wie sehr die Stadtgesellschaft an nachvollziehbaren Entscheidungen interessiert ist. In Durlacher hatten wir insbesondere die Diskussion um das Mobilitätskonzept in der Durlacher Altstadt. Und das hat ganz klar gezeigt: Dieses Thema bewegt die Bürgerinnen und Bürger. Und nach vielen Runden der Diskussion haben wir einen Kompromiss gefunden. Und es ist nachvollziehbar, wie dieser Kompromiss zustande gekommen ist, und das ist extrem wertvoll.

Gleichzeitig nehmen wir jedoch auch kritische Stimmen wahr. Kritische Stimmen, die vor allen Dingen diesen kurzen Speicherzeitraum bis zur nächsten Sitzung kritisieren. Insbesondere aus Schulen und Bildungseinrichtungen haben wir dann doch vernommen, dass es für den Unterricht natürlich sinnvoll wäre, so einzelne, wirklich starke Themen auch länger bereitzuhalten und aufzuarbeiten. Und da möchten wir dann doch bitten, dass in einer nächsten Überarbeitung sich da noch mal Gedanken gemacht wird, wie wir vielleicht diese längerfristige Aufzeichnung auch sicherstellen. Der Änderungsantrag der Volt-Fraktion hat zumindest bei mir persönlich große Sympathien. Wir haben gesehen, da gibt es noch einige Feindetails abzustimmen. Deswegen würde es sicherlich Sinn machen, das in die Ausschüsse zu geben. Noch mal, denn wir sollten es heute nicht länger aufhalten. Wir diskutieren jetzt schon, zumindest seit Beginn dieser Legislatur, über die Einführung, und wir sollten jetzt vorankommen. Mir ist klar: Es ist in Karlsruhe manchmal ein bisschen langsamer. In Durlach wurde das ad hoc während der Pandemie entschieden. Da ging das ganz schnell. Jetzt ist Karlsruhe dabei. Die Tochter der Mutter es gleichzutun, lieber Kollege Tröndle. Abschließend möchte ich noch betonen, dass wir Freiheitlich-Liberale natürlich verschiedene Meinungen auch in der Fraktion haben. Wir werden heute nicht einheitlich abstimmen, weil einige Kolleginnen und Kollegen den Persönlichkeitsrechten ein besonders hohes Gewicht beimessen. Und diese liberal-freiheitliche Haltung gilt es auch zu respektieren. Und deswegen werden wir heute unterschiedlich abstimmen.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ja, vielen Dank schon mal an die VorrednerInnen. Ich glaube, jetzt wurde schon vieles genannt. Dass der Livestream längst überfällig ist, ist, glaube ich, klar. Wir haben 2026. Das Internet ist kein Neuland mehr. Heute sind ausnahmsweise viele Menschen auf der Tribüne, was ich sehr begrüße. Aber das ist leider doch eher selten der Fall. Und das liegt nicht an den EinwohnerInnen. Das liegt vor allem auch an den Umständen, weil eben nicht jeder hier um diese Uhrzeit einfach mal ins Rathaus kann. Die Gründe, warum, wurden vielfältig genannt. Gesundheit, Beruf, da gibt es noch Tausende mehr. Gerade deshalb ist vor allem auch die Speicherung, die eben auch ermöglicht, außerhalb dieses einen Tages den Stream zu verfolgen, total wichtig. Das erreicht noch mal viel, viel mehr Menschen, die einfach auch ein Anrecht darauf haben zu erfahren, was wir hier in ihrem Namen auch entscheiden. Insofern würde ich die Debatte um einen längeren Speicherzeitraum im Zweifel auch begrüßen. Das können wir gerne noch mal beraten. Grundsätzlich zu unserem Änderungsantrag noch mal: Ja, hier geht es darum, auch Menschen zu erreichen, die halt gar nicht mehr so auf die städtischen Websites gehen. Ich kann die Einwände der GRÜNE vielleicht auch ein Stück weit verstehen, aber kurze Clips sind Alltag. Und die können wir separat produzieren, oder wir können die Reden hier verwenden. Die sind aber so oder so da. Nichtsdestotrotz gibt es ja auch gerade die Nachfrage nach konkreten Nutzungsbedingungen. Wie läuft das organisatorisch ab? Und deswegen werden wir auch dem Vorschlag zustimmen, das noch mal zu vertagen. Wir würden das gerne auch in einem Ausschuss entsprechend natürlich vorberaten. Nichtsdestotrotz werden wir natürlich

dem Hauptantrag zustimmen. Es ist überfällig. Und vielen Dank auch, dass das jetzt endlich möglich gemacht wird.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Unsere Fraktion begrüßt die Einführung eines Livestreams ausdrücklich. Ein Stream schafft Transparenz. Es wurde schon viel gesagt. Was er aber auch tut: Er liefert den BürgerInnen Erklärungen, die aus dem Abstimmungsverhalten allein vielleicht nicht immer ablesbar sind. Und er ermöglicht auch mobilitätseingeschränkten Personen den Zugang dazu. Auf die Beratung zum Volt-Antrag und die Ausgestaltung sind wir gespannt. Im Grunde sehen wir nämlich kein Problem mit der Verwendung des eigenen Bildes und würden den Antrag perspektivisch unterstützen.

Stadtrat Cramer (KAL): Herr Oberbürgermeister, meine Fraktion wird heute der Verwaltungsvorlage zustimmen. Und diesem Votum werde ich auch folgen. Aber ich möchte heute schon ankündigen, dass ich das Recht auf mein Bild bei mir behalten will. Das heißt, ich werde nur Audioübertragung in Zukunft, wenn es eingeführt wird, zustimmen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Ich will nur darauf hinweisen, dass durch eine Gesetzesänderung auf der Landesebene es mittlerweile einfach auch ohne Zustimmung einzelner Personen möglich ist, die Sendung per Livestream auszustrahlen. Da müssen wir eine Lösung finden. Ich will nur darauf hinweisen, insofern haben wir auch keinen Verzug seit Einführung des Internets, sondern wir haben vielleicht einen Verzug seit der Änderung der entsprechenden Gemeindeordnung durch das Land. Und das ist noch nicht allzu lange her. Denn genau diese Diskussion wollten wir ja vermeiden und haben deswegen auf eine grundsätzliche rechtliche Grundlage gewartet, die jetzt ja durch die Landesregierung erst vor nicht allzu langer Zeit hergestellt wurde. Das vielleicht noch zur Erläuterung.

Der Antrag unter 6.1 ist damit verwiesen in die Vorberatung. Und die eigentliche Beschlussvorlage unter 6 steht jetzt unverändert zur Abstimmung. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
10. August 2026